

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 215 16
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 28; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Georg Joachimstal, Zöllnerplatz 11. Ruf 61 000

Chronik der Woche

Thomas Mann in Palästina. Jerusalem. Der deutsche Dichter Thomas Mann ist soeben, aus Kairo kommend, in Palästina eingetroffen. Thomas Mann arbeitet bekanntlich seit Jahren an einem großen jüdischen Roman „Joseph und seine Brüder“.

Der britische Kronrat befäßt sich mit den Todesurteilen in Palästina. London. Das Juristische Komitee des britischen Kronrates trat heute in die Behandlung der Appelle gegen die von palästinensischen Gerichten in den letzten Monaten ausgesprochenen Todesurteile ein. Es gelangten zunächst drei Berufungen gegen Todesurteile, die Araber betreffen, zur Behandlung. Entscheidungen sind noch nicht gefallen. (Jta.)

Massenpetition der österreichischen Judenheit gegen Kalenderreform. Wien. Das Rabbinat der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde hat eine Massenpetition der österreichischen Judenheit gegen die vom Kalenderkomitee des Völkerbundes geplante Reform, die die Beobachtung der Sabbatruhe fast unmöglich machen soll, eingeleitet. Rabbinat und Gemeindevorstand werden die Petition an die zuständigen Völkerbundbehörden weiterleiten.

Entscheidungen des Beth din in Aegypten sind Entscheidungen des Staatsgerichtshofes gleichzusetzen. Kairo. Der Oberrabbiner von Aegypten Chaim Nahum Effendi wurde vom Minister des Äußeren empfangen, der ihm das Versprechen gab, die auswärtigen Konsulate dahin zu instruieren, daß Entscheidungen des vom ägyptischen Rabbinat gebildeten Beth Din den Entscheidungen der ägyptischen Gerichte und des Staatsgerichtshofes gleichzusetzen sind. (Jta.)

Ein jüdischer Gelehrter Mitglied des archäologischen Ausschusses in Palästina. Jerusalem. P. Dr. Andreas Evarist Mader, Direktor des Orientalischen Instituts der Goerres-Gesellschaft, wurde vom Oberkommissar Sir John Chancellor zum Mitglied des Archaeological Advisory Board ernannt. Diese Körperschaft steht dem Antiquitätendepartement beratend zur Seite. Dr. Mader hat in den Jahren 1927 und 1928 die uralte heilige Stätte von Mamre bei Hebron (1. Mos. 18) ausgegraben.

Abwehr eines Anschlags des antisemitischen Magistrats Posens gegen die jüdische Gemeinde. Posen. Der antisemitische Magistrat der Stadt Posen hat das von der jüdischen Gemeinde erhaltene Spital besteuert mit der Begründung, daß das Spital wenig ausgenutzt wird und einen Vermögensbestand darstellt. Die jüdische Gemeinde erhob gegen diesen Anschlag Klage beim Verwaltungsgericht und wies nach, daß das Krankenhaus mehrere Aerzte und Pfleger beschäftigt und der jüdischen Bevölkerung der ganzen Wojwodschaft dient. Das Verwaltungsgericht entschied, daß die Gemeinde für das Spital keine Steuern zu zahlen habe.

„OSE“ auf der internationalen Hygiene-Ausstellung 1930 in Dresden. Berlin. Die Zentrale des Verbandes der Gesellschaften für Gesundheitschutz der Juden „OSE“ hat den Beschluß gefaßt, an der Internationalen Hygiene-Ausstellung, die 1930 in Dresden veranstaltet wird, teilzunehmen. Für die Ausstellung ist dem Verbands „OSE“ ein entsprechender Platz im Staatenhaus zur Verfügung gestellt worden. An Hand von Diagrammen, Wandkarten, Modellen usw. werden die Tätigkeit der Gesellschaften „OSE“ in Litauen, Lettland, Rumänien und die Tätigkeit von „TOZ“ in Polen im Laufe der letzten Jahre demonstriert werden. Ein spezieller Ausschuß ist mit der Bearbeitung und der Auswahl des Ausstellungsmaterials beschäftigt.

Das einzig Sichere

Einerlei welches Gebiet jüdischer Hilfs- oder Aufbauarbeit man unter den Gesichtswinkel einer genauen Untersuchung stellt: man kommt schließlich zum Ergebnis, daß der einzig sichere Faktor, den man in Rechnung stellen darf, die eigene Leistung, die Selbsthilfe ist. Ob es sich um Abwehr antisemitischer Angriffe, um Maßnahmen zur Besserung der jüdischen Lage in den einzelnen Ländern oder um konstruktive Arbeit auf lange Sicht handelt, immer wieder macht man die Erfahrung, daß das prinzipiell Entscheidende die eigene Kraft, die eigene Organisation und die eigene Anstrengung sind. Sicherlich ist man hierbei von der allgemeinen Entwicklung, von den Zeitumständen, von der Sympathie der Besten in der Umwelt abhängig. Aber es wäre ein fataler Irrtum, der sich bisher immer wieder bitter gerächt hat, das eigene Heil vom Fortschritt der anderen, die Lösung der spezifischen eigenen Probleme von Wandlungen zu erwarten, die sich auf dem Gebiete allgemeiner politischer oder gesellschaftlicher Entwicklung vollziehen. Jüdische Hoffnungen auf allgemeine politische Umwälzungen oder siegreiche soziale Revolutionen haben sich noch stets als trügerisch erwiesen. Durch derartige Ereignisse wird wohl ein anderer Rahmen für die Spannungen zwischen Umwelt und Juden geschaffen — das grundsätzliche Wesen der Judenfrage aber nicht verändert. Dieses bleibt so lange in seiner ganzen Schwere bestehen, als die Juden selbst nicht von innen heraus, sozusagen autonom, an die Lösung der spezifisch jüdischen Aufgaben schreiten, die ihnen niemand abnehmen will und auch abzunehmen vermag.

Diese Erfahrung konnten die Juden in allen Ländern nach ihrer Emanzipation und nach den verschiedenen politischen Veränderungen machen. Ob es nun absolute Monarchien oder Republiken sind, Nationalstaaten oder Nationalitätenstaaten, keine dieser Regierungs- oder Staatsformen bedeutet an und für sich eine Regelung der Judenfrage in den betreffenden Ländern. Keine Konstitution und keine Erklärung der Menschenrechte und der jüdischen Gleichberechtigung vermochte die Problematik des Judentums in der Umwelt aus der Welt zu schaffen. Sie bilden bestenfalls Voraussetzungen für eine umfassendere eigene jüdische Betätigung. Das gleiche gilt auch für die Anerkennung der nationalen Minderheitenrechte für die Juden in den verschiedenen Ländern nach dem Kriege. Und schließlich ist auch die magna charta der jüdischen Volksbefreiung, die Balfourdeklaration, auch nur eine Voraussetzung für jüdische Selbsthilfe, aber keine Lösung an und für sich.

Die mangelnde Erkenntnis in dieser Hinsicht ist in den letzten zehn Jahren des

Palästinaaufbaus, d. h. der Errichtung des jüdischen Nationalheims, eine Quelle dauernder Enttäuschungen gewesen. Es wiederholte sich ein Prozeß, den wir aus der Geschichte der Judenheiten in Deutschland, Oesterreich und anderwärts sehr gut kennen. Auf die Erfüllung des Traumes von der Gleichberechtigung in Verfassung und Gesetz folgte die Ernüchterung. Dem Feiertag der Proklamationen folgte der Alltag der Verwirklichung. Glücklicherweise besteht zwischen den Deklarationen der Gleichberechtigung der Juden in den einzelnen Ländern und der Balfourdeklaration betreffend das jüdische Nationalheim ein prinzipieller Unterschied. Bei der Realisierung der jüdischen Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft der Diasporaländer handelt es sich um die Eroberung eines Platzes an einem Tisch, der schon aufgestellt und in der Hauptsache von anderen gedeckt ist. Der jüdische Tischgast wird als Eindringling empfunden und man wünscht ihn an den abseits stehenden Katzentisch; im besten Falle gewährt man ihm einen Eckplatz ganz weit hinten. Gelingt es einem einzelnen Juden, einen Platz oben an zu erobern, dann wird das von der erdrückenden Mehrheit der nichtjüdischen Tischgäste als Vordringlichkeit empfunden. Anders aber bei der Balfourdeklaration. Hier muß der Tisch von Juden aufgestellt und gedeckt werden, sonst haben sie eben nichts. Und wesentlich hierbei ist, daß sie auf dem Tische nur so viel finden werden, als sie allein erworben und zubereitet haben. Die restlose Durchführung der Emanzipation hängt nicht von den Juden, sondern von deren gutem Willen und der Duldung der Nichtjuden ab. Die Errichtung des Jüdischen Nationalheims in Palästina, d. h. die sichtbare Emanzipation der jüdischen Volksindividualität, kann im wesentlichen nur durch die Juden selbst bewerkstelligt werden. Wobei es natürlich auch Behinderungen und Schwierigkeiten wie bei allem historischen Geschehen gibt. Prinzipiell aber ist diese Sache auf die Juden allein gestellt und das Erstrebt kann nur Ergebnis jüdischer Bemühungen und jüdischer Leistung sein. Diese sind als solche weithin sichtbar und bilden die stärkste Rechtfertigung der jüdischen Ansprüche. Wesentlicher noch als historische Rechte ist das moralische Recht der vollbrachten jüdischen Leistung. Sie ist die wahre Basis unserer Ansprüche und der nächste Garant unserer Aussichten und Hoffnungen.

In diesen Tagen wird auf Grund des Berichtes der parlamentarischen Untersuchungskommission vor aller Welt noch einmal das Problem des jüdischen Palästinaaufbaus behandelt. Noch ist nicht ganz klar, welche endgültigen Maßnahmen die britische Regierung als Mandatarmacht ergreifen wird, um eine Wiederkehr solch